



Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Wirtschaft und Arbeit
Heiliggeiststraße 7-9
6020 Innsbruck

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, Postfach 243, 6010 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22, Fax: 0800/22 55 22-1459
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com
www.ak-tirol.com

G.-Zl.: WP-2015-10188

Bei Rückfragen

Mag. Fabian Klammer

Klappe 1481

Innsbruck,

22.04.2015

Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Betrifft: Entwurf eines Arbeitsprogrammes zur
Tiroler Forschungs- und Innovationsstrategie

Bezug: Ihre Zahl: WA-900/73-2015
Ihr Schreiben vom 25.03.2015

Zur nachhaltigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes Tirol sind in Zeiten sich ständig ändernder Rahmenbedingungen langfristige Forschungs- und Innovationsstrategien unerlässlich. Um die wirtschaftliche Positionierung Tirols im internationalen Spitzenfeld zu stärken, wurde nun von der Tiroler Landesregierung, basierend auf der im Jahr 2012 beschlossenen Tiroler Forschungs- und Innovationsstrategie, ein aus sieben Handlungsfeldern (Tirol, Menschen, Wirtschaft, Hochschulen, öffentliche Institutionen, Tirol-Österreich-Europa und Governancestrukturen) bestehendes Arbeitsprogramm ausgearbeitet.

Jetzt kann man sehr wohl davon ausgehen, dass ein Arbeitsprogramm gleicher Bezeichnung auch einen eigenen Bezug zu dieser Strategie aufweist. Direkte Bezüge oder Verweise zu dieser Strategie finden sich jedoch nur ungenügend, was wir als schweren Mangel betrachten. Das vorliegende Arbeitsprogramm stellt zudem eine reine Aufzählung diverser Maßnahmen dar und lässt konkrete langfristige Zielsetzungen gänzlich vermissen. Ein Arbeitsprogramm, das den Anspruch einer nachhaltigen Strategie stellt, muss über eine bloße Katalogisierung von Einzelmaßnahmen hinausgehen und basierend auf bestehenden Analysen konkrete Zielsetzungen ableiten. Gründe für die Bezeichnungen der einzelnen Handlungsfelder sowie ein gesamtheitlicher Strategieansatz, der sich einer auf sämtliche Handlungsfelder abgestimmter Zielerreichung annimmt, fehlen in den Ausführungen gänzlich.

Aus Sicht der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol besteht die Hauptkritik an diesem Arbeitsprogramm in der Tatsache, dass die aufgelisteten Maßnahmen überwiegend der Stärkung des Unternehmertums dienen. Aus den sieben Handlungsfeldern werden fast ausschließlich auf unternehmerische Innovation ausgerichtete Maßnahmen abgeleitet. Um Tirol nachhaltig, zukunftsorientiert und wettbewerbsfähig weiter zu entwickeln, sollen gemäß der Tiroler Forschungs- und Innovationsstrategie mehrere Leitprinzipien, unter anderem „*die Nutzung von Synergiepotentialen der Innovationsplayer*“ umgesetzt werden. Aufgrund der unternehmerfokussierten Ausrichtung dieser Strategie könnte demnach, in Anbetracht der mangelnden Beachtung arbeitnehmerrelevanter Thematiken, der fälschende Schluss gezogen werden, Innovation würde ausschließlich auf unternehmerischer Seite stattfinden. In den folgenden Abschnitten wird nun auf die sieben angesprochenen Handlungsfelder näher eingegangen.

Kernpunkt des Handlungsfeldes „Wirtschaft“ ist mit der „*Neuentfaltung des Unternehmergeistes*“ in Europa jene Zielsetzung, die auch von der EU-Kommission im dargelegten Aktionsplan für Unternehmertum 2020 im Fokus steht. Neben der Bestrebung „*die Zahl an nachhaltigen, innovativen Gründungen mit entsprechendem Wachstumspotenzial zu erhöhen*“, illustriert sich diese Zielsetzung auch anhand der Aussage, insbesondere die Förderung von Klein- und Kleinstbetrieben als „*wichtiges wirtschaftspolitisches Anliegen*“ verstärkt in den Mittelpunkt zu rücken. Zusätzlich zur Förderung bereits existierender Unternehmen wird in der Tiroler Forschungs- und Innovationsstrategie eine besondere Berücksichtigung auf Start-up Unternehmen gelegt. Dies kommt dahingehend zum Ausdruck, als dass die vorgelegte Strategie ein Ausbildungsprogramm für Jungunternehmer/innen vorsieht. Zusätzlich wird versucht anzuregen, erfolgsversprechende Start-up Unternehmer mit möglichen Investoren zusammenzuführen.

Selbst das Handlungsfeld „Menschen“, dessen alleinige Bezeichnung auf die Abhandlung sozial relevanter Themen schließen lassen würde, findet mit nur sieben Maßnahmen weit weniger Beachtung als andere Handlungsfelder. Zielsetzungen wie eine verstärkte „*Bewusstseinsbildung bei jungen Menschen für Wirtschaft und Unternehmertum*“ lassen ebenfalls auf eine unternehmerorientierte Ausrichtung dieses Handlungsfeldes hindeuten. Trotz der zu befürwortenden Schwerpunktsetzung auf die Aus- und Weiterbildung von in Tirol arbeitenden Personen, gilt darauf hinzuweisen, dass die Nutznießer von Maßnahmen, wie verbesserten Forschungsbedingungen oder einer verstärkten Unterstützung von Wissenschaftlern hinsichtlich deren Karriereplanung, ohnehin bereits sehr gut ausgebildete Menschen sind. Um Wissenschaft und Forschung der breiten Bevölkerung erst zugänglich machen zu können, finden Gegenmaßnahmen, die auf eine Entschärfung der sozialen Selektivität im Bildungssystem abzielen, hierbei jedoch in keinsten Weise eine annähernde Berücksichtigung. Grundlegende sozialpolitische Problemstellungen, wie etwa die Kinderbetreuung als Hürde für die Vereinbarkeit von

Beruf und Familie, werden in diesem Handlungsfeld nur punktuell angeschnitten. Hinsichtlich dieser Thematik sind innerbetriebliche Einzelmaßnahmen wie jene der Medizinischen Universität Innsbruck zur Unterstützung von in den Beruf zurückkehrenden Müttern zwar positiv hervorzuheben, derartige Fragestellungen erfordern jedoch flächendeckende Lösungsansätze, um der gesamten Tiroler Bevölkerung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen und nicht nur finanziell bereits besser gestellten Gruppen, wie hochqualifizierten Wissenschaftlern und gut ausgebildeten Fachkräften im Bereich der (medizinischen) Forschung. Das angestrebte Ziel der „*Entwicklung zusätzlicher Karrieremodelle für Frauen*“ findet somit auch nur sehr beschränkte Aufmerksamkeit.

Ein weiteres zentrales Element dieses Handlungsfeldes ist die Schaffung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Berufs- und Privatleben. Da in der Tiroler Forschungs- und Innovationsstrategie wiederholt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als „*zentrales Thema der heutigen Gesellschaft*“ hingewiesen wird, sind zur nachhaltigen Verwirklichung familienfreundlicher Personalpolitiken wesentlich weitreichendere, strukturelle Änderungen erforderlich.

Im Handlungsfeld „Tirol“ werden insbesondere Maßnahmen mit direktem Tirol-Bezug aufgezeigt. Positiv hervorzuheben ist die Aufnahme einer Regionenstrategie (zumindest in der Terminologie) mit dem Ziel „*Wissen und Innovation in alle Teile von Tirol*“ zu bringen. Vor allem durch die Etablierung des Regionalbüros Osttirol konnten zur Setzung von impulsfördernden Akzenten in der Region bereits erste Erfolge erzielt werden. Eine ähnliche Strategie für andere Regionen Tirols könnte folglich zu einer Attraktivierung von wirtschaftlich schlechter gestellten Regionen führen und dem Abfluss von höher Qualifizierten in große Ballungszentren entgegenwirken. Aufbauend darauf wird im Handlungsfeld „Tirol – Österreich – Europa“ eine gestärkte Positionierung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Tirols auf internationaler Ebene in den Vordergrund gerückt.

Neuausrichtungen sowie der Ausbau von Förderprogrammen stehen im Handlungsfeld „Öffentliche Institutionen“ im Vordergrund. Abgesehen von der zu begrüßenden Forcierung von Regionalentwicklungsstrategien und Förderungen im Forschungsbereich, kommt auch in diesem Handlungsfeld die unternehmerlastige Fokussierung stark zu Trage. An erster Stelle steht hier die Neuausrichtung des Tiroler Wirtschaftsförderprogramms, die eine Ausweitung der förderbaren Kosten sowie eine signifikante Erweiterung des Antragstellerkreises für alle Tiroler Unternehmen vorsieht. Zudem wird eine Ausweitung des Tiroler Technologieförderprogramms angestrebt, die vor allem KMUs bei der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen zu Gute kommen wird. Allein diese beiden Maßnahmen stellen mit einem geplanten Finanzierungsvolumen von € 54 Mio. und € 30 Mio. für einen 3-jährigen Zeitraum die mit Abstand höchsten Finanzierungsvolumina der dargelegten Strategie dar. Während Unternehmen somit aufgrund grundlegender Änderungen des Wirtschaftsförderungssystems der Zugang zu öffentlichen Fördergeldern

erleichtert werden soll, finden innovative Maßnahmen zur Arbeitnehmerförderung auch in diesem Handlungsfeld kaum Berücksichtigung.

Für eine erfolgreiche Standortpolitik ist neben forschungs- und innovationsfördernden Rahmenbedingungen für Unternehmen auch eine gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft erforderlich. Zur Stärkung des Forschungs- und Wissensstandortes Tirol sieht das Handlungsfeld „Hochschulen“ Maßnahmen zur Verbesserung der universitären Forschungsbedingungen vor, zudem existieren Bestrebungen durch verstärkte internationale Verflechtungen zwischen Forschungs- und Bildungseinrichtungen und Unternehmen dem Wandel der zunehmenden Internationalisierung gerecht zu werden. Im Sinne der Förderung einer wissens- und forschungsbasierten Gesellschaft sind derartige Maßnahmen prinzipiell zu befürworten.

Abschließend gilt anzumerken, dass durch das letzte Handlungsfeld „Gouvernanzstrukturen“ eine *„möglichst optimale Kooperation und Steuerung aller beteiligten (öffentlichen) Institutionen im Innovationsbereich“* erfolgen soll. Im Sinne der Ausgewogenheit müssen in diesem Prozess demzufolge nicht nur Interessen der Wirtschaft, sondern auch jene der Arbeitnehmerschaft zur Geltung kommen. Um dem Ziel einer nachhaltigen Standortentwicklung in Tirol erfolgsversprechend nachkommen zu können, ist schließlich die Vereinbarkeit beider Interessensgruppierungen absolut zwingend erforderlich.

Im gesamten Arbeitsprogramm sehen wir wenig Bestrebungen in einer klar steuernden und fokussierenden Strategie zur Erreichung bestimmter Zielsetzungen. Aus Sicht der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fehlen grundlegende Ansätze, dass Universitäten, Institutionen und Firmen angehalten werden, in die Peripherie zu gehen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen in vielen Bereichen, dass Förderungen nur mehr in untergeordnetem Maße Anreize darstellen. Förderungen des Landes haben sich nach unserer Ansicht danach zu richten, inwieweit Zielsetzungen des Landes und der Landesentwicklungen umgesetzt werden und weniger nach den Begehrlichkeiten des Empfängerkreises. Mit vorliegendem Arbeitsprogramm wird die Politik der Gießkanne bloß fortgesetzt und teils sogar ausgeweitet. Neue Erkenntnisse und Rahmenbedingungen der Budgetpolitik finden in diesem Papier keinerlei Berücksichtigung. Aus unserer Sicht handelt es sich hierbei deshalb lediglich um die Fortsetzung des Bestehenden.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:


(Erwin Zangerl)

Der Direktor:


(Mag. Gerhard Pirchner)